



Ercheint Mittwoch und Samstag

Obwaldner Volksfreund.

Abonnementspreis:

Für die Schweiz: jährlich Fr. 5.00
halbjährlich Fr. 2.80; Post-Abonnement
20 Cts. Zuschlag.

Insertionspreis:

Für Obwalden die einseitige Pettizelle
10 Cts., für auswärtige 17 Cts. Wiederholungen Rabatt.

Bestgelesenes Blatt in Obwalden.

Druck und Expedition:

Louis Cheli, Sarnen. — Telefon Nr. 52.

Ziehensundvierzigster Jahrgang

Nr. 38

Sarnen, Samstag 12. Mai 1917.

* Die Volksabstimmung vom nächsten Sonntag

Hat zwar insofern keine parteipolitische Bedeutung, als alle bürgerlichen Parteien die Annahme der Vorlage empfehlen. Das gleiche geschieht auch von Seiten des Schweizerischen Bauernbundes. Nur die Sozialdemokraten agitieren für Verwerfung. Dagegen kommt dieser Abstimmung eine entschiedene nationalpolitische Bedeutung zu. Wenn die Vorlage verworfen werden sollte, so würde der Kredit der schweizerischen Finanzverwaltung, der bisher ein sehr großer und solider gewesen ist, einen starken Stoß erleiden. Man darf diese Behauptung nicht als eine Uebertreibung tadeln. Wir sprechen hier die Ansicht sehr gewiegener Finanzmänner und namentlich auch diejenige des hochangesehenen Vorstehers des eidgenössischen Finanzdepartementes, Herrn Bundesrat Dr. Motta, aus.

Patriotische und politische Beweggründe veranlassen uns, mit allem Nachdruck die Annahme der Stempelsteuervorlage zu befürworten. Was für ein Interesse könnten wir daran haben, in den gegenwärtigen, so überaus kritischen Zeiten den Männern, welche an der Spitze der Bundesverwaltung stehen, Schwierigkeiten und Verlegenheiten zu bereiten? Das wäre ein ungemein schmerzlicher Schnitt in's eigene Fleisch. Sollen wir es das Vaterland entgelten lassen, wenn wir über dieses oder jenes, was sich zugetragen hat, verstimmt und unzufrieden sind? Würden wir durch eine Verwerfung der Stempelsteuervorlage diejenigen treffen, welche an unserer Mitbestimmung die Schuld tragen? Wir hoffen zuversichtlich, der gesunde Sinn, die ruhige Ueberlegung und das vaterländische Gefühl werden bei unserem Volke den Sieg davon tragen über allfällige Unzufriedenheit, so begrüßet dieselbe auch sein möchte. Machen wir unserem Aerger und Verdruß doch nicht in einem Augenblick Luft, wo wir dadurch unserm engern und weitem Vaterlande nur schaden könnten! Das will ja kein braver Mann und kein biederer Eidgenosse.

Sagen wir am nächsten Sonntag nicht: „Es ist mir gleichgültig, wie es herauskommt. Ich gehe nicht zur Abstimmung.“ Die Abstimmung vom nächsten Sonntag ist von einer großen Wichtigkeit. Wir sind es unserer Pflicht und wir sind es dem Ansehen unseres Vaterlandes nach außen schuldig, daß wir uns fleißig an der Abstimmung beteiligen. Bei der Abstimmung vom nächsten Sonntag kommt nicht nur das Volks-, sondern auch das Ständevotum in Betracht. Dadurch gewinnt natürlich das Abstimmungsergebnis eines kleinen Kantons gewaltig an Bedeutung.

Gehen wir am Sonntag zahlreich zur Stimmurne und schreiben wir auf unsere Stimmkarte mit fester Hand:

Ja!

* Warum sagen wir am nächsten Sonntag „Ja!“?

Wir sagen „Ja“, weil der Bund seine Schulden verzinzen und allmählich abtragen muß. Diese Schulden steigern sich annähernd auf eine Milliarde. Wir müssen also die Quellen, welche für die Bundesfinanzen nutzbar gemacht werden können, nicht verstopfen, sondern dieselben öffnen.

Wir sagen „Ja“, weil die Stempelabgaben für diejenigen, die sie bezahlen müssen, keine drückende Belastung bilden. Darum wehren sich diese Kreise auch gar nicht gegen diese indirekte Steuer. Das Großkapital und die Aktiengesellschaften, welche Wertmittel ausgeben, müssen diese Steuer bezahlen und aus diesen Kreisen macht sich keine Opposition gegen dieselbe geltend.

Wir sagen „Ja“, weil es das Grab der Kantone bedeuten und die Pflege des Schul- und Armenwesens in den Gemeinden verunmöglichen würde, wenn man die Steuerhoheit von den Gemeinden und den Kantonen auf den Bund übertragen wollte. Darin sind Konservative und Freisinnige einer Meinung, daß die Grundlagen des eidgenössischen Staatswesens erschüttert und beseitigt würden, wenn man durch die Einführung einer ständigen

direkten Bundessteuer der völligen Zentralisation Tür und Tor öffnen wollte. Wie wollten Kantone und Gemeinden noch ihren Haushalt bestreiten und nützliche Werke und Zwecke fördern, wenn die direkten Steuern, neben den Zöllen, vom Bunde bezogen würden? Es muß also auch für indirekte Steuern gesorgt werden, aber für solche, welche das Publikum möglichst wenig belasten.

Wir sagen „Ja“, weil wir auf dem Boden der bürgerlichen Parteien und nicht auf demjenigen der Sozialdemokratie stehen. Wir betrachten es als eine patriotische Pflicht, dem Bund aus seiner finanziellen Klemme, in welche er durch den Krieg geraten ist, herauszuhelfen. Den Sozialdemokraten ist es im Grunde genommen gar nicht um die Stempelsteuer zu tun. Sie würden gegen dieselbe nichts einwenden, wenn es sich bei ihnen nur um die Sache handeln würde. Aber sie wollen im Trüben fischen und durch die Verwerfung der Stempelsteuer dem Bunde Verlegenheiten bereiten und den Kantonen das Wasser abgraben und dasselbe auf ihre Mühle leiten.

Wir sagen „Ja“, weil wir der Ansicht sind, es wäre weder patriotisch, noch politisch klug gehandelt, wenn man der Mitbestimmung über Zustände und Vorkommnisse des öffentlichen Lebens dadurch Ausdruck geben wollte, daß man dem Bunde die Mittel versagt, um seinen finanziellen Verbindlichkeiten nachzukommen und einen geordneten Staatshaushalt zu führen.

Wir sagen „Ja“, weil wir Schweizer im gegenwärtigen Augenblick vor aller Welt zeigen sollen, daß wir an die Lösung der finanziellen Aufgaben, vor welche uns der Weltkrieg gestellt hat, mit Eintracht, Einsicht und Tatkraft herantreten.

Die Kriegslage.

Mehr und mehr zeigt es sich, daß diejenigen recht hatten, die bereits beim Eintritt der im Sommer 1914 über die Menschheit hereingebrochene Katastrophe von einem „Weltkrieg“ sprachen. Seitdem nun auch der größte Staat des amerikanischen Kontinents in die Reihe der Kämpfenden eingetreten ist, gibt es auf unserem Planeten bald keine Gebiete mehr, die nicht als am Kriege unmittelbar beteiligt schwarz angezeichnet werden müssen. Betrachten wir die Kräfteverteilung der beiden miteinander ringenden Staatengruppen, so sehen sich die Zentralmächte einer überwältigenden Uebermacht entgegengestellt. Falls man China, das ja wahrscheinlich dem Beispiel der nordamerikanischen Union folgen wird, ebenfalls zu den Gegnern des Vierbundes rechnet, so ergibt sich, daß 153,830,000 Menschen nicht weniger als 1,324,635,000 andere gegenüberstehen. Das will heißen, daß sich auf der Seite der Entente über eine Million mehr Menschen befinden, oder daß die Bevölkerung der Alliierten etwa neun Mal so groß ist als diejenige der Zentralmächte und ihrer Verbündeten. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Vierbund:	
Deutschland	67,810,000
Deutsche Kolonien	12,283,000
Oesterreich	29,244,000
Ungarn	21,240,000
Türkei	21,600,000
Bulgarien	4,753,000
Zusammen: 156,930,000	
Entente:	
Rußland	180,671,000
England	46,587,000
Englische Kolonien und Indien	379,300,000
Ägypten	14,770,000
Frankreich	39,700,000
Französische Kolonien	56,308,000
Italien	36,120,000
Italienische Kolonien	1,385,000
Serbien	4,600,000
Belgien	7,639,000
Belgisch-Kongo	15,587,000
Rumänien	7,770,000
Portugal	6,050,000
Portugiesische Kolonien	9,332,000
Montenegro	435,000
Japan	77,867,000

Nordamerika	101,000,000
Amerikanische Kolonien	10,205,000
China	325,000,000
Chinesische Provinzen	4,896,000
Zusammen: 1,324,635,000	
Von den 468 Millionen Menschen Europas sind nur etwa 47 Millionen Menschen neutral, nämlich:	
Dänemark	2,921,000
Norwegen	2,512,000
Schweden	5,713,000
Holland	6,430,000
Schweiz	3,887,000
Spanien	20,500,000
Griechenland	4,821,000
Zusammen: 46,821,000	

In Amerika sind bis auf weiteres die mittel- und südamerikanischen Staaten neutral. In Afrika stehen bloß noch Abyssinien, die kleine Negerepublik Liberia und die nicht sonderlich bedeutenden spanischen Kolonien außerhalb des Krieges. In Asien können nur Persien, Siam, Afghanistan und die holländischen Kolonien neutral genannt werden.

Von den Ursachen der Heumot.

Der „Appenzeller Volksfreund“ schreibt: Der Mangel an Viehfutter kommt nur zu einem Teil von der schlechten Witterung dieses Frühjahres her. Ein anderer Grund ist sicher auch das Fehlen jener aus dem Ausland bezogenen Kraftfuttermittel, die bei den meisten Bauern beliebt waren und mit denen man rechnete. Allein mehr noch als diese Gründe wirkte die Tatsache verschlimmernd, daß viele Bauern aus allzu großer Gier nach Milchgeld zu viel Vieh hielten, viel mehr als sie bei mittlerem Ertrag des Bodens halten konnten. Sie rechneten immer mit guten Jahren und mußten doch wissen, daß schon ein mittleres Jahr ihnen Verlegenheit bringen werde. Kein Geringerer als Nationalrat Bopp, der selber ein Bauer ist, bestätigt in seiner „Bilach-Dielsdorfer-Zeitung“ diese Tatsache. Er schreibt: Ein wildes Klagen hat angehoben über die Militärgewalt, die zu viel Heu beschlagnahmt habe. Es mag ja nun sein, daß aus diesem Grunde der eine und andere Bauer, der auf Vorräte gerechnet hatte und ihrer bedürft hätte, in Verlegenheit und Not gekommen ist; möglich auch, daß das Kriegskommissariat für zu lange Zeit rücksichtslos Vorsorge traf, obwohl eben die Pferde kein unerschöpfbares neues Heu erhalten dürfen und es bei dem späten Vegetationseintritt doch noch langer Zeit bedarf, bis neues Heu verschifft haben wird. Allein diese Beschlagnahmen sind nicht der wahre Grund des allgemeinen Viehhungens in seiner jetzigen Ausdehnung, sondern da muß nun offen und ehrlich die Schuld auf die Bauern geworfen werden und auf ihre durch die hohen Viehpreise gesteigerte Sucht, unverhältnismäßig viel Vieh zu halten. Die Sucht ist sehr stark verbreitet, und duzendmal muß man sich fragen: wie kommt auch der und der mit seinen paar Wiesen dazu, so viel Vieh zu halten? Bei normalen Zeiten, als sich durch Kraftfuttermangel mancher Raufuttermangel ohne starken Schaden ausgleichen ließ, konnte man die üble Sucht passieren lassen. Ich weiß auch wohl, daß zuweilen in der Berechnung der Futtervorräte eine Täuschung vorkommen kann, daß in einen oder andern Einzelfalle besondere Umstände einem Viehverkauf hinderlich sind. Aber wenn die Futternot so früh wie dieses Jahr und in dieser Allgemeinheit und Ausdehnung auftritt, wie es heute in den Bergkantonen der Fall ist, obwohl inzwischen das Vieh fast jederzeit leicht und gut veräußert war, dann liegt nach meinem Empfinden eine Rechtfertigung vor, für die es keine Rechtfertigung gibt.

Es war eine Unverantwortlichkeit, so die Ställe voll Vieh zu halten, trotz des frühen Beginns der Dürrfütterung, trotzdem man die bodenschlechte Qualität des Futters kannte und trotzdem man wußte, daß kein Kraftfutter zur Verfügung stand. Oder ist die rauhe Frühjahrswitterung eine Entschuldigung? Rechnet denn ein vernünftiger Mensch, schon im März oder April Grünfütter zu haben? Es ist eine alte gute Regel, daß man bis Mitte Mai Dürrfutter haben sollte, auch dann, wenn schon Grünfütter zur Verfügung steht. Aber es kam doch schon öfters vor, daß man nicht vor Ende Mai genügend Grünfütter hatte. Also bilden die heurigen Witterungs-